

Gesamtmitgliederversammlung Die Linke Erfurt 14.09.2024

Beschluss 1

Demokratie verteidigen, Basisarbeit stärken

Der Landtagswahlkampf 2024 hat in einer schwierigen und aufgeheizten Atmosphäre stattgefunden. Viele Bürgerinnen und Bürger glauben, dass die in den letzten Jahren stattgefundenen Flucht- und Migrationsbewegungen zur Verschlechterung der Lebenslage in Deutschland geführt haben oder noch führen werden. Darauf setzt die AFD mit ihrer pauschalen ausländerfeindlichen Propaganda und hat großen Zuspruch erfahren. Gleichzeitig ist kaum bekannt, dass die AFD hinter ihren Losungen von der Beseitigung leistungsloser Einkommen und der Abschaffung aller Subventionen einen Frontalangriff auf die noch verbliebenen sozialstaatlichen Leistungen wie die Einführung einer kapitalgestützten Rente, Kürzungen für Menschen mit Behinderungen, Arbeitslose und andere unterstützungsbedürftige Gruppen beabsichtigt.

Wir als LINKE sind dagegen nach wie vor davon überzeugt, dass es eine falsche Steuer- und Sozialpolitik ist, die dafür sorgt, dass schon viele Jahre die geringen und die hohen Einkommen in Deutschland immer mehr auseinander gehen, dass die Durchschnittsrente nur halb so hoch ist wie in Österreich, dass das kapitalgesteuerte Gesundheitssystem jeden Tag vor dem Scheitern steht, die Verschleuderung von Milliarden für die Rüstung uns im Ressourceneinsatz für Zukunftslösungen, für Soziales und Bildung hemmen. Diese Positionen haben wir in den letzten Wahlkämpfen nur ungenügend zu populären Losungen machen können.

Das Wahlergebnis in Thüringen hat vielmehr gezeigt, dass das Vertrauen in unsere Partei in weiten Teilen der Gesellschaft erschüttert ist. Wir stehen vor der Gefahr, zwischen strukturellen Problemen und einer erstarkenden rechten Hegemonie zerrieben zu werden. Das gilt auch für das Verhältnis zum BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht). Wir müssen uns dieser Diskussion inhaltlich stellen und deutlich machen, dass wir das Original sind. Gleichzeitig gibt es Anzeichen dafür, dass wir im Stadtverband Erfurt eine besondere Stellung innerhalb der allgemeinen Situation unserer Partei innehaben. Schon im Wahlkampf hat sich gezeigt, dass wir Ansätze sehen, verlorenes Vertrauen

wiederzugewinnen. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen ist positiv, der innerparteiliche Zusammenhalt hat spürbar zugenommen.

Wir bedanken uns bei unseren Wählern für das in dieser schwierigen Zeit in uns gesetzte Vertrauen! Nach wie vor hat die LINKE in Thüringen eine gewichtige Stimme. Um diesem Vertrauen gerecht zu werden, müssen wir Fehler korrigieren, die unsere Partei in den letzten Jahren gemacht hat.

Unsere Politikansätze auf Bundesebene müssen klarer, bissiger und fordernder werden und die LINKE wieder stärker als antikapitalistische Partei, als Partei für grundsätzliche Veränderung, erkennbar machen.

Dies muss mit wirksamen Konzepten und Forderungen, auch durch Druck auf den Bund, auf der Landesebene untersetzt werden.

Das Agieren von Bundesvorstand und Bundespolitik muss wieder grundsätzlich solidarisch und gemeinschaftlich werden, sonst wird die Kultur in der Partei dem auch auf den unteren Ebenen nicht folgen.

Für unsere Arbeit im Stadtverband leiten wir folgende Schlussfolgerungen ab:

1. Erhalt und Aufbau von Angeboten, die uns näher an die Menschen bringen (etwa regelmäßige Infostände, Beratungsangebote, Feste, Kaffeerunden zu inhaltlichen Themen im Wohngebiet und Verzahnung dieser mit unserer Arbeit im Stadtrat),
2. stärkere Entwicklung der Partei als sozialer Raum (etwa ein neues einladendes Büro, thematische Frühschoppen am Wochenende, Spielabende und andere Ideen, die die Mitglieder zusammen bringen),
3. Entwicklung von Vernetzungspunkten in den Wohngebieten sowohl im städtischen als auch ländlichen Raum, an denen Mitglieder und Sympathisierende sich bei politischen Projekten treffen.
4. Überarbeitung und Entwicklung einer neuen Willkommensstruktur für Neumitglieder.

Ungeachtet der notwendigen Aktivierung und Neuausrichtung unserer Arbeit müssen wir um so mehr an den Grundsätzen unserer Politik, dem Streben nach einem menschenwürdigen Leben für alle Menschen, basierend auf einer solidarischen Einstellung untereinander, festhalten, und dürfen diese nicht aufgeben.

Alle Probleme, auch die, die durch die Migration entstehen, sind auf dieser Grundlage lösbar, davon sind wir überzeugt.

Wir rufen unsere Mitglieder und unsere Wählerinnen und Wähler auf, den Grundgedanken der Solidarität unter den Menschen zu verteidigen und

mit uns gemeinsam die wahren Ursachen für die Ungerechtigkeiten und Verwerfungen in unserer Gesellschaft, die immer ungleichere Verteilung von Ressourcen, Bildungszugängen und Lebenschancen, bewusst zu machen, zu bekämpfen und einzudämmen. Dafür steht Die LINKE.